

SPANDAU

**SPD**



# **SPANDAU**programm **2016-2021**

Gut für Spandau.

## **Inhalt**

<b>Wachsendes Spandau sozial gestalten.....</b>	<b>3</b>
<b>Gemeinsam in der wachsenden Stadt.....</b>	<b>3</b>
<b>Öffentliche Daseinsvorsorge gesichert.....</b>	<b>4</b>
<b>Handlungsfähiger Bezirk .....</b>	<b>6</b>
<b>Beteiligung ernst gemeint .....</b>	<b>7</b>
<b>Arbeiten in der wachsenden Stadt.....</b>	<b>7</b>
<b>Spandaus Potentiale in Wirtschaft und Tourismus nutzen .....</b>	<b>8</b>
<b>Spandau wird attraktiver.....</b>	<b>9</b>
<b>Mehr Wohnungen in der wachsenden Stadt.....</b>	<b>10</b>
<b>Mobilität ausbauen .....</b>	<b>12</b>
<b>Bildung als Auftrag in der wachsenden Stadt .....</b>	<b>14</b>
<b>An der Seite des Sports .....</b>	<b>16</b>
<b>Mit Quartiersmanagement Eigenverantwortung stärken .....</b>	<b>17</b>
<b>Gesund und selbstbestimmt .....</b>	<b>18</b>
<b>Verbraucherschutz.....</b>	<b>19</b>
<b>Grünpflege .....</b>	<b>19</b>
<b>Tierschutz weiter verbessern .....</b>	<b>20</b>
<b>Keine Chance für Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus .....</b>	<b>20</b>

Impressum:

SPD Spandau  
Bismarckstr. 61  
13585 Berlin

Tel. (030) 333 71 65  
E-Mail: [kreis.spandau@spd.de](mailto:kreis.spandau@spd.de)

Weitere Informationen auch im Internet:

**[www.SPD-Spandau.de](http://www.SPD-Spandau.de)**

### **Wachsendes Spandau sozial gestalten**

Unsere Bilanz kann sich sehen lassen: Fünf Jahre nach der Amtsübernahme von SPD-Bürgermeister Helmut Kleebank hat Spandau keine Schulden mehr. Wir haben die vergangenen fünf Jahre dazu genutzt, Spandaus finanzielle Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Diese finanzielle Handlungsfähigkeit werden wir dazu nutzen, durch soziale Investitionen Spandaus Zukunft zu gestalten.

Die Erfolge dieser sozialen Investitionen sind zum Beispiel mehr Kitas, besser ausgestattete Schulen und weniger Jugendarbeitslosigkeit. Wir sind stolz auf diesen Gemeinschaftserfolg der rot-grünen Mehrheit im Bezirk und des SPD-geführten Senats und wollen diese Erfolge über den 18. September hinaus weiterführen. Zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit haben wir mit als erster Bezirk eine Jugendberufsagentur erfolgreich eingeführt.

Der Bezirk kann sich endlich um die Sanierung der Altstadt kümmern und hat wieder mehr Geld für die Pflege von Grünflächen, aber auch für den Aus- und Neubau von Straßen, Rad- und Fußwegen. 2011 haben wir dem Spielhallen-Wildwuchs den Kampf angesagt. Gerade Spandau, als Bezirk mit sehr vielen Spielhallen, profitiert davon. Dafür sind die Chancen für innovative Unternehmen, sich in Spandau anzusiedeln, deutlich besser geworden.

Aber natürlich sind wir noch lange nicht am Ziel. Wenn es in den vergangenen Jahren hakte, dann oft, weil Rot-Grün zwar in der Bezirksverordnetenversammlung eine Mehrheit hat, aber nicht im Bezirksamt.

Trotzdem hat die Spandauer SPD viele Versprechen halten können. Damit es in den nächsten fünf Jahren noch besser läuft, kämpfen wir um eine klare Mehrheit im Bezirksamt und bitten alle Spandauer\*innen um ihre Unterstützung.

### **Gemeinsam in der wachsenden Stadt**

Spandau steht in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen: Immer mehr Menschen aus Deutschland und der ganzen Welt ziehen nach Berlin. Tausende von Flüchtlingen aus den Kriegs- und Krisengebieten suchen auch bei uns in Spandau Schutz vor Krieg und Verfolgung.

Wir treten an, unseren wachsenden Bezirk auch in den nächsten fünf Jahren sozial und gerecht zu gestalten. Unsere über 150jährige Parteigeschichte lehrt uns, dass sozialer Friede ohne soziale Gerechtigkeit nicht zu haben ist. Deshalb sagt die SPD Spandau Nein zu allen Versuchen, die Menschen gegeneinander auszuspielen. Die Havelstadt bietet Platz für alle Lebensentwürfe und alle Generationen, ganz gleich, ob Alt- oder Neuberliner\*in.

Spandau ist und bleibt ein weltoffener Bezirk. Wir heißen die Menschen, die vor Krieg, Unterdrückung und Not geflohen sind, herzlich willkommen. Uns kommt es darauf an, dass diejenigen mit einer langfristigen Bleibeperspektive bei uns schnellstmöglich ein

selbstbestimmtes Leben führen können. Integration gehört für uns zum Alltag. Auch die Kinder der Geflüchteten müssen die Möglichkeit haben, in die Kita und in die Schule zu gehen, eine Ausbildung zu absolvieren und an den Angeboten der Jugendkunstschule oder der Jugendfreizeiteinrichtungen teilzunehmen. Wir unterstützen die Einrichtung von Willkommensklassen für zu uns geflüchtete Kinder in Spandauer Schulen, denn wir wissen: Teilnahme am Unterricht und Kontakt zu einheimischen Kindern erhöht Bildungs- und Integrationschancen. Der frühe Austausch der Kinder untereinander ist unabdingbar, um gegenseitige Vorurteile abzubauen und voneinander zu lernen.

Daher setzen wir uns für den Ausbau der Willkommensklassen und die damit verbundene Erweiterung von Schulgebäuden mit Modulare Erweiterungsbauten ein. Eine Beschulung in den Einrichtungen lehnen wir ab.

Ob in der Neustadt oder der Altstadt, in Hakenfelde oder dem Falkenhagener Feld, ob in Staaken oder Gatow und Kladow, in der Wilhelmstadt, ob in Siemensstadt und Haselhorst - in allen Ortsteilen Spandaus steht die SPD für ein Leben in Gemeinsamkeit und Offenheit, unabhängig von Herkunft und sozialer Lage, Geschlecht, Hautfarbe, sexueller Orientierung oder Religion.

Einigendes Band im friedlichen Zusammenleben sind für uns die Werte des Grundgesetzes wie die Würde des Menschen, die Gleichberechtigung von Frau und Mann oder die Religionsfreiheit. Nur wenn alle die Freiheitsrechte der Verfassung als Grundlage des Zusammenlebens akzeptieren, kann Integration gelingen.

Wir setzen auch künftig auf das ehrenamtliche Engagement der Bürger\*innen und auf die Hilfe von Vereinen, Institutionen, Kirchen oder Moscheen. Zum Gelingen trägt daneben die Zusammenarbeit mit Schulen, Kitas oder freien Trägern, mit Unternehmen, Verbänden und Behörden bei. Nur gemeinsam können wir eine gute Zukunft für alle in Spandau gestalten.

Um eine Brücke zwischen Behörden, Institutionen und den Zuwanderern und Flüchtlingen zu bauen, haben Integrationslotsen mit unterschiedlichen Muttersprachen in Spandau ihre Arbeit aufgenommen.

Wir sagen: Wer schon lange in Deutschland lebt, soll die Chance einer vollständigen Teilhabe erhalten. Deshalb wird sich die SPD Spandau für die Fortsetzung der Kampagne „Dein Land, Deine Stadt, Dein Pass“ stark machen. Einbürgerung ist für uns nicht nur ein formaler Verwaltungsakt, sondern ein Zeichen glücklicher Integration.

## **Öffentliche Daseinsvorsorge gesichert**

Zu einem friedlichen Miteinander im wachsenden Bezirk gehören Mobilität, Sicherheit und Zusammenhalt, aber auch eine öffentliche Daseinsvorsorge für alle Bürger\*innen und nicht nur für die, die es sich leisten können.

Wie ernst wir das meinen, haben wir in den vergangenen fünf Jahren bewiesen: Die Wasserbetriebe sind wieder im Besitz der öffentlichen Hand. So konnten wir die Was-

serpreise senken. Außerdem müssen wir den früheren privaten Anteilseigner\*innen keine überhöhten Zinsen mehr bezahlen.

Und dass in den nächsten Jahren auch die Privatisierung der Strom- und Gasversorgung schrittweise rückgängig gemacht wird, war hart umkämpft, ist aber nun ebenfalls beschlossene Sache.

Dafür hat sich die Spandauer SPD viele Jahre lang eingesetzt. Wir sind stolz, dass es mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, ein Spandauer Abgeordneter war, der diese Beschlüsse im Land mit umsetzen konnte. Das zeigt auch, wie sehr es sich lohnt, in der SPD Spandau mitzumachen - auch wenn es manchmal eines langen Atems bedarf.

Mit der gleichen Hartnäckigkeit verfolgt die Spandauer SPD ein weiteres Ziel: Wir bleiben bei unserem klaren Nein zu öffentlich-privaten Partnerschaften. Denn wir wissen, dass auf diese Weise nur die Gewinne privatisiert werden, während die wahren Kosten für die öffentliche Hand verschleiert und in die Zukunft verschoben werden.

Mit ihrer neuen Liegenschaftspolitik hat die Berliner SPD ferner durchgesetzt, dass Grundstücke und Gebäude nicht mehr nur an die Meistbietenden verkauft werden dürfen. So wollen wir freie Grundstücke in der Wasserstadt nicht an private Investoren verhökern. Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften werden dort bezahlbaren Wohnraum schaffen. Auch der Bund muss sich seiner Verantwortung für das soziale Wohnungswesen bewusst werden und seine Liegenschaften in Berlin und im Umland nicht an die Meistbietenden sondern zu einem fairen Preis möglichst an landeseigene Wohnungsbaugesellschaften verkaufen, damit bezahlbarer Wohnraum für die Bevölkerung erhalten oder durch Neubau geschaffen werden kann.

Selbstverständlich haben wir diese klare Haltung auch im Bezirk unter Beweis gestellt: Wir haben zum Beispiel erreicht, dass das Kombibad Süd in der Gatower Straße nach der sanierungsbedingten jahrelangen Schließung als öffentliche Einrichtung für alle wieder unter der Obhut der Berliner Bäderbetriebe steht. Die Umsetzung der ursprünglichen Pläne, das Schwimmbad anderen Betreiber\*innen zu überlassen, konnten wir verhindern. Reguläre Beschäftigung wäre sonst in ehrenamtliche Tätigkeit oder Minijobs umgewandelt worden.

Daneben gerieten die Rieselfelder Karolinenhöhe ins Visier privater Investoren. Wir aber werden dieses riesige Areal auch in Zukunft für die Naherholung sowie den Schutz von Flora und Fauna erhalten.

Das gilt auch für den Gutspark Neukladow. Wir stehen dazu, dass das Gutshaus, das Verwalterhaus und das Casino wiederhergestellt werden. Der Park soll renaturiert und das Kleinod im Süden Spandaus dauerhaft für die Öffentlichkeit gesichert werden.

Die Wasserwege sind für eine erfolgreiche Entwicklung Spandaus wichtig. Deshalb wollen wir verhindern, dass die Schleuse und die Pflege der Wasserwege privatisiert werden. Die Wasserwege müssen öffentlich gepflegt werden, die Besetzung der Schleuse muss durchgehend gesichert sein und ihre Nutzung muss bezahlbar bleiben.

### Handlungsfähiger Bezirk

Um den Bezirk wieder handlungsfähig zu machen, mussten in den vergangenen Jahren vor allem die Schulden in Höhe von 18,5 Millionen € abgebaut werden.

Unser Bürgermeister Helmut Kleebank setzte gemeinsam mit der rot-grünen Mehrheit in der BVV zwei Sparhaushalte gegen die CDU durch. Der Erfolg ist nun für alle sichtbar: Spandau ist schuldenfrei.

Die Spandauer SPD wird darauf achten, dass das so bleibt.

Um nicht wieder in die Schuldenfalle zu geraten, werden wir genau abwägen, was wir uns leisten können und jeweils überprüfen, in welchen Bereichen lokale, kiezbezogene Strukturen sinnvoll sind und gefördert werden sollten und in welchen Bereichen eine Konzentration und Zusammenfassung von Dienstleistungen die bessere Alternative ist.

Wie vor der Wahl 2011 versprochen, nutzen wir den neu gewonnenen Spielraum für Investitionen in die Schulen, zunächst vor allem für die Sanitäreinrichtungen, aber auch für Neu- oder Umbaumaßnahmen. Der Bezirk investiert ebenfalls mehr Geld für den Straßen-, Fuß- und Radwegeausbau sowie die Pflege von Grünflächen.

Profitieren werden daneben die Bibliotheken, die besser ausgestattet werden und mehr aktuellen und hochwertigen Lesestoff oder andere Medien erhalten. Für die Spandauer Schüler\*innen und die Studierenden wollen wir lernfreundliche Räume in der Spandauer Stadtbibliothek Spandau schaffen. Das ist uns mit Blick auf die Bildungsförderung in Spandau wichtig, zumal nicht jeder die Möglichkeit hat, effizient in seiner Wohnung zu lernen. Die Volkshochschule kann mehr Kurse anbieten. Für sie wurde das ehemalige Haus der Gesundheit in der Altstadt barrierefrei umgebaut.

Beim Personal in den Verwaltungen ist die Zeit der Schrumpfkuren nun vorbei: In einer wachsenden Stadt müssen neue Wohngebiete geplant, bezahlbarer Wohnraum genehmigt, mehr Schulen errichtet, Serviceangebote für die wachsende Bevölkerung erweitert und Hilfsangebote angepasst werden. Lange Wartezeiten bei notwendigen Behördengängen sind nicht akzeptabel.

Deshalb wird das Bezirksamt unter der Führung der SPD in den nächsten Jahren wieder gezielt mehr und qualifiziertes Personal einstellen. In den vergangenen Jahren konnten bereits einige neue Mitarbeiter\*innen unter anderem im Bürgeramt, in der Bauverwaltung, im Sozialamt und für die Betreuung von Asylsuchenden gewonnen werden.

Wir haben die Förderprogramme des Landes voll ausgeschöpft und die gestiegenen Bausummen bewältigt. Insgesamt wurden in Spandau zwischen 2012 und Ende 2015 rund 80 Millionen Euro in öffentlichen Einrichtungen verbaut.

Unser Bezirksstadtrat Stephan Machulik hat das Spandauer Bürgeramt grundlegend umstrukturiert und Verfahrensabläufe optimiert. So werden in Spandau die meisten Früh- und Spätsprechstunden - gerade für Berufstätige - angeboten. Außerdem wur-

den durch ein funktionierendes bezirkliches Terminsystem die Wartezeiten verkürzt und dies bei Beibehaltung der Öffnung für alle Berliner\*innen von Montag bis Freitag auch ohne Termin.

In Zukunft werden wir weiter am Ausbau des Bürgerservice arbeiten und uns dafür einsetzen, dass die technischen Voraussetzungen genauso wie die personelle Ausstattung des Bürgeramts, den Bedürfnissen der Spandauer\*innen entsprechen werden.

Uns geht es um klare Strukturen, Zuständigkeiten, verlässliche Öffnungszeiten und kurze Wartezeiten. Das Standesamt werden wir ausbauen. Geheiratet werden kann auch künftig im Rathaus oder in der Zitadelle.

Wir setzen uns dafür ein, die Öffentlichkeitsarbeit des Bezirksamtes auch auf die sozialen Medien zu erweitern und damit mehr Spandauer\*innen über Neuigkeiten aus ihrem Bezirk zu informieren.

### **Beteiligung ernst gemeint**

Der Spandauer SPD ist es ein Anliegen, alle Einwohner\*innen an der Gestaltung ihres Kiezes, aber auch des gesamten Bezirkes zu beteiligen. Ob über Einwohnerversammlungen, durch Einwohneranfragen oder -anträge in der BVV, durch Teilnahme an der Generationen-BVV oder dem Bürgerhaushalt, den wir erfolgreich weiterentwickelt haben: die SPD Spandau ermuntert alle Einwohner\*innen, diese Instrumente zu nutzen.

Bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2016/17 wurden bereits viele Anregungen von Bürger\*innen aufgegriffen, denn die SPD-geführte Mehrheit in der BVV meint es ernst mit mehr Bürgerbeteiligung.

Wir setzen auf gebündelte bürgerfreundlich aufbereitete Informationen, die die Möglichkeiten der Beteiligung im Bezirk übersichtlich aufzeigen sollen. So wollen wir alle Einwohner\*innen erreichen, damit jeder im Bezirk die Chance der Einflussnahme wahrnehmen kann.

### **Arbeiten in der wachsenden Stadt**

Die einzigartige Nähe von großen Industrieflächen zu intakter Natur mit Wald, Fluss und Flur macht Spandau zu einem ganz besonderen Berliner Bezirk. Immer mehr junge Unternehmen erkennen das Potential der Havelstadt. Die Nachfrage nach Gewerbeflächen ist stark gestiegen. Große Industriebetriebe bieten Arbeit für viele Tausend Spandauer\*innen.

Wir freuen uns, dass die Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren auch in unserem Bezirk gesunken ist. Außerdem gibt es weniger arbeitslose Spandauer Jugendliche. Allerdings muss die Havelstadt auch einen wachsenden Zuzug derer verkraften, die sich die teuren Wohnungen in der Innenstadt nicht mehr leisten können. Daneben brauchen die Flüchtlinge, die bei uns bleiben, Ausbildungsplätze und Jobs.

Deshalb werden wir Unternehmen unterstützen, die neue und gute Arbeit im Bezirk schaffen. Dabei ist klar: Gute Arbeit darf nicht krank machen und muss so entlohnt werden, dass die Beschäftigten und ihre Familien gut leben können.

Wir sind stolz darauf, dass die SPD bundesweit den Mindestlohn durchgesetzt hat. So konnten wir auch in Spandau tausendfach Dumpinglöhne beseitigen und die Abhängigkeit der Menschen vom Jobcenter mildern. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass der Mindestlohn auch für Geflüchtete gilt.

Bürgermeister Helmut Kleebank hat sein Versprechen eingelöst und das Jobcenter zur Chefsache gemacht. Er ist selbst in die Trägerversammlung gegangen und hat dafür gesorgt, dass Spandau als erster Bezirk am Projekt Joboption teilnimmt. Ziel ist es, Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln.

Als erster Bezirk haben wir zudem ein Ombudsnetzwerk organisiert, in dem drei Sozialberatungsstellen eng mit dem Jobcenter zusammenarbeiten und Arbeitssuchende gemeinsam unterstützen, damit diese eine Chance auf ein geregeltes Arbeitsleben erhalten. Denn wir wollen nicht die Arbeitslosigkeit finanzieren, sondern die Vermittlung in Arbeit.

Grundlage für gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt ist eine gute Ausbildung. Wir sind stolz, in Spandau als einem der ersten Bezirke die Jugendberufsagentur eröffnet zu haben. Damit erhalten die Jugendlichen eine qualifizierte Hilfe beim Übergang in die berufliche Ausbildung.

Die Spandauer SPD appelliert an die Unternehmen, allen Schulabgänger\*innen einen Ausbildungsplatz anzubieten und unterstützt alle politischen Maßnahmen, die Arbeitgeber\*innen hierbei in ihre Pflicht zu nehmen. Der Bezirk wird mit gutem Beispiel vorangehen und seine Auszubildenden nach abgeschlossener Ausbildung auch übernehmen.

### **Spandaus Potentiale in Wirtschaft und Tourismus nutzen**

Damit auch künftig mehr Arbeitsplätze in die Region kommen, wird sich die Spandauer SPD in den nächsten Jahren für eine gute Anbindung an den neuen Forschungs- und Industriestandort Tegel einsetzen. So soll es eine neue Verkehrsanbindung von Tegel zur Bernauer Straße geben. Das erfordert für die durch ein verstärktes Verkehrsaufkommen dann betroffenen Spandauer Wohnquartiere ein neues Verkehrs- und Parkraumkonzept.

Im Interesse auch der vielen lärmbeeinträchtigten Anwohner\*innen stehen wir zur Schließung des Flughafens Tegels. In der höchststrichlich bestätigten Landesplanung von Berlin und Brandenburg ist verbindlich festgeschrieben, dass der Flughafen Tegel spätestens sechs Monate nach Inbetriebnahme des BER geschlossen werden muss.

Wir wissen, dass die bezirklichen Entwicklungspotentiale nur dann effektiv genutzt werden können, wenn sich Spandau auch in die Gesamtberliner Planung integriert. Dafür werden wir sorgen.

Die SPD Spandau ist verlässlicher Ansprechpartner für die Ansiedlung kleiner und mittlerer Fertigungs- und Handels-Unternehmen im Bezirk. Zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ist eine Neuansiedlung von Produktionsfirmen notwendig.

Wir werden dafür innovative Werbestrategien erarbeiten, wie Infostände auf Industrie- und Handwerksmessen, die Teilnahme an Wirtschaftsveranstaltungen in Berlin/Brandenburg und auf überregionalen Messen. Das gilt für die ganze Wirtschaftsbreite – vom Zulieferer für Großbetriebe bis zu Kreativunternehmen. Hier wollen wir an die Vorarbeit der Gewerkschaften anknüpfen.

Wir werden ferner die Inselstadt Gartenfeld als Standort für Wohnen und innovative Betriebe fördern.

Das von unserem Spandauer Abgeordneten Daniel Buchholz maßgeblich mitgestaltete Spielhallengesetz ist erfolgreich: Wie versprochen gibt es nun in Spandau wesentlich weniger Spielhallen als noch vor fünf Jahren. Die Spandauer SPD wird sich darüber hinaus verstärkt dafür einsetzen, illegale Spielmöglichkeiten und Automatencafés zu bekämpfen.

Im Ausbau touristischer Angebote sieht die Spandauer SPD eine große Chance für den Bezirk. So haben sich die Investitionen in die Zitadelle bereits gelohnt: Sie ist zu einem über Berlin hinaus bekannten Museums-, Konzert- und Kongressstandort geworden. Das kulturelle Angebot könnte in einer Zusammenarbeit mit dem Fort Hahneberg noch erweitert werden.

Touristische Angebote, die insbesondere mit dem Radfernweg Berlin – Kopenhagen verbunden sind, wollen wir besser bekannt machen und ausbauen. Das bedeutet für uns die Beschilderung von Attraktionen, Restaurants und Ausflugszielen entlang des Weges ebenso wie die Werbung auf Messen, Ausstellungen sowie bei Verlagen und Autor\*innen von Radwanderführern.

Spandau muss seine Möglichkeiten für den Wassertourismus und die Flussschifffahrt konsequent nutzen und wir werden dafür werben, dass die Gäste der Kreuzfahrtschiffe die Sehenswürdigkeiten besuchen und das gastronomische Angebot nutzen. Ein Badeschiff am Havel-Ufer wäre ein Magnet für Spandau-Besucher\*innen, die Spandauer SPD steht einem solchen Projekt aufgeschlossen gegenüber.

An einem von Bürgermeister Helmut Kleebank ins Leben gerufenen Runden Tisch Tourismus werden weitere Möglichkeiten ausgelotet, Spandau für Besucher\*innen attraktiver zu machen. Ein gutes Signal ist die Förderung des Spandauer Tourismus-Büros durch Visit-Berlin.

### **Spandau wird attraktiver**

Eine der größten Attraktionen in Spandau ist die historische Altstadt. Mit einem Masterplan Altstadt werden wir das historisch gewachsene Gebiet schützen, attraktiver machen und weiterentwickeln. Wir unterstützen ausdrücklich Initiativen von Kaufleuten und Grundeigentümer\*innen, die eine Verbesserung von Geschäftsstraßen, bei-

spielsweise über das neue Berliner Gesetz zur Einführung von Immobilien- und Standortgemeinschaften (BIG), vorsehen.

Dank des Förderprogramms Städtebaulicher Denkmalschutz fließen - nach intensiver Bürgerbeteiligung - in zehn Jahren rund 50 Millionen Euro in die Altstadt, beispielsweise für die Erweiterung des Kulturhauses, neue Sitzmöbel, die zum Verweilen einladen oder die Sicherung der Fußgängerzone mit versenkbaren Pollern.

Wir werden den Übergang zwischen den Arkaden und der Altstadt neu gestalten. Die Illumination des Rathausturms macht Spandau weit über die Bezirksgrenzen hinaus sichtbar.

Das brachliegende Postgelände am Fernbahnhof ist seit fast zwei Jahrzehnten ein Schandfleck in Spandau. Mit den neuen Eigentümern gibt es endlich eine Chance, im Herzen Spandaus eine städtebauliche Lösung zu finden. Die SPD Spandau setzt sich für einen schnellen Abriss der verfallenen Gebäude und die Räumung des Geländes ein. In einem städtebaulichen Vertrag wollen wir ein für den Bezirk und die Eigentümer tragbares Konzept vereinbaren. Neben der wirtschaftlichen Tragfähigkeit wollen wir auch die Anforderungen des Natur- und Umweltschutzes berücksichtigen. Die Pläne müssen transparent unter Beteiligung der Spandauer Bevölkerung entwickelt werden. An der Havel soll ein gemischtes und lebendiges Quartier entstehen, mit einem freien Havelzugang für alle. Es kann die touristischen und kulturellen Angebote Spandaus ergänzen, attraktives Wohnen ermöglichen und in einem kleineren und verträglichen Umfang Handelsnutzungen bieten.

Wir werden auch in Zukunft die städtischen Wochenmärkte in den Kiezen Spandaus erhalten. Als Treffpunkt für die Nachbarschaft und als Teil der fußläufigen Nahversorgung wollen wir das Angebot der Märkte über das der Grundnahrungsmittel erweitern. Wir begrüßen und unterstützen die Initiativen der Marktverwaltung, die Attraktivität der Märkte durch ein einheitliches Erscheinungskonzept und Thementage in Kindergärten, Schulen und Vereinen zu erhöhen. Der Spandauer Weihnachtsmarkt ist und bleibt ein Berliner Publikumsmagnet, der unsere volle Unterstützung hat.

Wir wollen in der Siemensstadt einen neuen attraktiven Stadtplatz schaffen, um die Eingangssituation der überregional bedeutenden Weltkulturerbe-Siedlung deutlich zu verbessern.

### **Mehr Wohnungen in der wachsenden Stadt**

Steigende Mieten und knapper Wohnraum sind auch in Spandau die Kehrseite der gestiegenen Attraktivität Berlins. Die SPD hat das Problem erkannt und unter anderem bundesweit die Mietpreisbremse durchgesetzt. Ganz konkret wurden die Mieten für mehr als 5.000 Sozialwohnungen an der Heerstraße Nord auf höchstens 5,50 Euro pro Quadratmeter und Monat begrenzt.

Wir begrüßen die Einigung des SPD-geführten Senates mit dem Mietenbündnis und werden dafür sorgen, dass missbräuchlich zweckentfremdeter Wohnraum wieder den Wohnungssuchenden zur Verfügung steht. Wo Arztpraxen und Einrichtungen sozialer

Träger die Infrastruktur in einem Kiez ergänzen, werden wir nach Einzelfallprüfungen Ausnahmen machen.

Unser Ziel ist es, einer negativen Veränderung des Wohnumfeldes durch geeignete Maßnahmen (z.B. Geschäftsstraßenmanagement) entgegen zu wirken.

Wir wollen die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften stärken. Sie sollen in die Lage versetzt werden, auch größere Wohnungsbestände zu erwerben, bevor diese an Heuschrecken verscherbelt werden. Damit wollen wir sicherstellen, dass auch die soziale Infrastruktur erhalten bleibt beziehungsweise weiter gefördert werden kann.

Ohne den Neubau von Wohnungen wird allerdings der steigende Bedarf der Berliner\*innen an bezahlbarem Wohnraum nicht zu decken sein. Darüber hinaus müssen auch geflüchtete Menschen mit ihren Kindern die Möglichkeit erhalten, in Wohnungen zu leben, sich zu integrieren und ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen.

Die Spandauer SPD wird sich für beschleunigten Wohnungsbau mit landeseigenen Unternehmen stark machen und zugleich für Verständnis bei allen Anwohner\*innen werben, wenn benachbarte Freiflächen bebaut werden.

Wir werden einen Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der Wohnungssuchenden und den Pächter\*innen von Grundstücken vermitteln, die für eine Bebauung in Frage kommen.

Wir werden darauf achten, dass die Infrastruktur in neu entstehenden Wohnquartieren an die entstehenden Bedürfnisse angepasst wird. So ist insbesondere die Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr, die Nahversorgung sowie eine ausreichende Zahl an Schul- und Kitaplätzen sicherzustellen und bereits bei den Planungen zu berücksichtigen.

Wir bekennen uns zum Kleingartenwesen und werden die Spandauer Kleingärten und die Wochenendsiedlungen schützen. Vorrangig sollen ungenutzte Flächen für den Wohnungsneubau vorgesehen werden.

So können auf Brachen wie dem ehemaligen Kraftwerk Oberhavel und dem ehemaligen Krankenhaus Staaken neue Formen des Wohnens ermöglicht werden. Ferner müssen bestehende Wohnquartiere weiterentwickelt werden. Zu dieser Weiterentwicklung gehört für uns auch, Spandau für weitere Formen des Wohnens attraktiv zu machen. Eine dieser Formen des Wohnens ist studentisches Wohnen. Mit der geplanten Ansiedlung der Beuth Hochschule in Tegel sehen wir dazu für Spandau eine große Chance, Student\*innen in Spandau ein hochschulnahes Zuhause zu bieten. Auch generationsübergreifendes Wohnen oder Wohngemeinschaften für Senior\*innen zählen für uns zu Konzepten, deren Fortentwicklung wir in Spandau vorantreiben wollen. Geschosswohnungsbau hat für uns Vorrang vor einem großen Flächenverbrauch für Eigenheime.

Wir werden uns dafür stark machen, dass so viele neue Wohnungen wie möglich von vornherein barrierefrei geplant und gebaut werden. Barrierefreier Wohnungsumbau darf nicht an Rückbauforderungen des Vermieters gegenüber den Mieter\*innen scheitern.

Beim Wohnungsneubau wie der Inselstadt Gartenfeld oder der Wasserstadt Oberhavel ist auf eine ausgewogene soziale Mischung zu achten, die langfristig stabile und attraktive Kieze sicherstellt. Wir wollen, dass dort mindestens jede 3. Wohnung zu bezahlbaren Mieten oder als Sozialwohnung angeboten wird. Erfolgreiche Wohnungs- und Kiezpolitik muss auch für eine attraktive Gestaltung des Wohnumfeldes und eine ausreichende Versorgung der Menschen vor Ort sorgen. Die Bauträger/Investoren haben daher durch Kitas, Schulen und Einrichtungen der Nahversorgung das soziale Umfeld der Bewohner\*innen sicherzustellen. Wir werden bei der Wohnbebauung der Insel Gartenfeld auf eine Freihaltung der Flächen für einen Wiederaufbau der S-Bahn oder ggf. anderer Verkehrssysteme achten. Das ist in einem Städtebaulichen Vertrag zu sichern.

Um Mieter\*innen vor Willkür zu schützen, wird der Bezirk unter sozialdemokratischer Führung die kostenlose bezirkliche Mieterberatung fortführen.

Diejenigen, die Mietzuschläge oder Wohngeld benötigen, werden weiter ausführlich und in einfacher Sprache beraten. Der Erfolg spornt an: Spandau hat sich zu dem Bezirk mit den kürzesten Bearbeitungszeiten für Wohnberechtigungsscheine und für Wohngeldanträge entwickelt.

Wir werden Menschen, die in eine Notsituation geraten und von Wohnungslosigkeit betroffen sind, auch in Zukunft schnell und unbürokratisch helfen. Deshalb werden wir, wenn wir die Mehrheit in Bezirksamt und BVV erreichen, die Schuldnerberatung ausweiten, die Suchtprävention finanziell absichern, Notunterkünfte für Obdachlose ausbauen und das geschützte Mietmarktsegment fördern.

Die SPD Spandau ist an der Seite derer, die sich selbst nicht helfen können. Unser Ziel ist es, dass auch diese Mitbürger\*innen schnellstmöglich wieder ohne Existenzbedrohung leben können.

## **Mobilität ausbauen**

Die Spandauer SPD setzt sich für eine gemeinsame Wohnungs-Neubau-Strategie von Berlin und Brandenburg ein und wird an der Entwicklung einer länderübergreifenden Verkehrsinfrastruktur arbeiten, damit der Verkehr, der zwischen Berlin und dem Umland fließt, bewältigt werden kann.

Unser Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ins brandenburgische Umland: Wir setzen uns dafür ein, dass die S-Bahn vom Bahnhof Spandau über Staaken bis nach Falkensee und Nauen verlängert wird und gleichzeitig die Regionalbahn- und Regionalexpresslinien erhalten bleiben. Zur Bewältigung des steigenden Verkehrsbedarfs innerhalb Spandaus und für Verbindungen nach Berlin brauchen wir langfristig eine Anbindung an das Berliner Straßennetz. In diesem Zusammenhang wird das Bezirksamt in einem offenen Diskussionsprozess mit den Spandauer\*innen ein Verkehrskonzept entwickeln, das den Erfordernissen eines wachsenden Bezirks entspricht und die aktuell vorhandene "Nadelöhre" des öffentlichen Nahverkehrs beseitigen hilft.

Wir stehen einer Reaktivierung der ehemaligen "Siemensbahn" von Jungfernheide über Gartenfeld sowie deren Erweiterung zur Rauchstraße positiv gegenüber.

Um den öffentlichen Nahverkehr innerhalb des Bezirks zu verbessern, arbeiten wir auch in Zukunft an einer schienengebundenen Verkehrslösung, die den derzeitigen Busverkehr minimiert und eine wirtschaftliche und attraktive Alternative zum Auto sein kann.

Deshalb werden wir in enger Kooperation mit unseren Nachbarstädten und -gemeinden Park&Ride Möglichkeiten fördern und eine neue verkehrliche Infrastruktur am Spandauer Bahnhof, dessen Umfeld und weiteren Verkehrsknotenpunkten schaffen. Davon profitieren die BVG und die Deutsche Bahn, diese sollen daher an den Kosten beteiligt werden.

Öffentliche Verkehrsmittel sollen barrierefrei und familiengerecht sein, damit auch in ihrer Mobilität eingeschränkte Bürger\*innen aktiv am Leben teilhaben können. Nach mehrfachen Verzögerungen ist Anfang 2016 endlich der Aufzug am U-Bahnhof Haselhorst fertiggestellt worden. Gemeinsam mit den Bürger\*innen vor Ort haben wir uns dafür stark gemacht. Wir werden auf der Landesebene weiterhin Druck machen, dass alle Stationen der U-Bahnlinie 7 in Spandau schneller als bisher vorgesehen Aufzüge erhalten.

Radfahren ist gesund und kostengünstig, braucht wenig Platz und entlastet die Umwelt. Spandau soll deshalb in den nächsten Jahren noch fahrradfreundlicher werden. Wir haben in Spandau durch die Einrichtung eines "FahrRats" eine bessere Verzahnung der einzelnen Verwaltungsebenen, Interessenverbände und der BürgerInnen geschaffen, um Konflikt- und Unfallstellen schneller lokalisieren und beseitigen zu können.

Unser Ziel ist es, durch die Förderung des Fahrradverkehrs eine Reduzierung der Fahrten mit dem Auto - zumindest für Fahrten innerhalb Spandaus - zu erreichen. Um den Umstieg auf das Rad attraktiver zu machen, werden wir uns im Rahmen einer bezirklichen Radverkehrsstrategie weiterhin dafür einsetzen:

- Radstreifen auf der Fahrbahn anzulegen, um die Sichtbarkeit und Sicherheit der Radfahrerinnen und Radfahrer zu erhöhen,
- möglichst kreuzungsfreie Radschnellrouten einzurichten, um den nichtmotorisierten Verkehrsfluss zu beschleunigen und
- "Bike & Ride" Möglichkeiten an den S- und U-Bahnhöfen zu schaffen, um das Radfahren besser mit anderen Verkehrsträgern zu kombinieren.

Für den Radverkehr aus Spandau "nach Berlin" und ins Umland fordern wir die Verbesserung der Radwege auf den aus Spandau herausführenden Straßen und entlang der Ufer von Havel und Spree.

Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass ein Servicenetzwerk für Alltagsradler und Radtouristen aufgebaut wird, ein Fahrradparkhaus an einem geeigneten Standort

in der Nähe zum Bahnhof Spandau errichtet wird und Konzepte des Fahrrad-Sharings im Bezirk realisiert werden.

Bei allem sind wir uns jedoch bewusst, dass FußgängerInnen als schwächste VerkehrsteilnehmerInnen besonders geschützt werden müssen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Gehwege alters- und familiengerecht gestaltet werden.

Die Spandauer SPD wird auch in Zukunft über die Schulwegsicherheit wachen und dies mit Zebrastreifen, Mittelinseln, Tempolimits und deren Überwachung unterstützen. Mit der neuen Gesetzeslage werden wir auch sicherstellen, dass vor jeder Kita Tempo 30 angeordnet werden wird. Des Weiteren wollen wir das Verkehrsaufkommen vor den Kitas und den Schulen entzerren, in dem wir in der näheren Umgebung der Einrichtungen sogenannte Kiss&Go Parkplätze einrichten werden.

### **Bildung als Auftrag in der wachsenden Stadt**

Wir wissen: Aufstieg und Chancengleichheit sind ohne Bildung nicht möglich. Deshalb wollen wir allen jungen Menschen unabhängig von der Herkunft oder dem Geldbeutel der Eltern die Möglichkeit geben, Schule und Berufsausbildung abzuschließen oder zu studieren.

Kitazeit ist für uns Bildungszeit. Wir verfolgen weiterhin den Dreiklang von Maßnahmen für Kitas: Beitragsfreiheit, Kita-Ausbau und Qualitätsverbesserungen. Wir haben mit Erfolg die Beitragsfreiheit für Kinder über drei Jahre durchgesetzt und werden das auch für die unter Dreijährigen tun. Um den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz zu erfüllen, erhöhen wir weiterhin bedarfsgerecht die Zahl der Kitaplätze. Zudem werden wir den Leitungsschlüssel und die Fachkraft-Kind-Relation bei den unter Dreijährigen verbessern.

Ein wichtiger Schwerpunkt unserer Bildungsarbeit im Bezirk ist die Sanierung der Spandauer Schulen. Dank der Förderung des SPD-geführten Senats haben in den vergangenen Jahren fast alle Schulen, auch die Oberschulen, eine Mensa erhalten.

Zusätzlich werden die Schule am Windmühlenberg, die B-Traven-Schule und die Schule am Staakener Kleeblatt vom Geld aus dem Programm für die wachsende Stadt (SIWA) profitieren.

Insgesamt 26 Spandauer Grund- und Oberschulen konnten am Sonderprogramm für Brennpunktschulen teilnehmen und bekamen zusätzlich bis zu 100.000 Euro pro Schule im Jahr für besondere Projekte. Ziel ist es, vor allem Kinder aus benachteiligten Familien gezielter zu fördern.

Wir möchten, dass noch wesentlich mehr Spandauer Schulen von Förderprogrammen des Senats profitieren als das bisher der Fall war. Wir werden dies erreichen, indem wir uns auf Landesebene für weitere Schulsanierungen einsetzen und indem wir dafür sorgen werden, dass die für die Förderung notwendigen Unterlagen im Bezirk rechtzeitig erstellt und eingereicht werden. Denn eines ist klar: Jeder mögliche Euro muss in den Spandauer Schulen ankommen.

Wir haben unser Versprechen eingelöst und dafür gesorgt, dass es nun neun Familienzentren im Bezirk gibt. Dort können Familien neben Freizeitangeboten auch Beratung in schwierigen Lebenslagen finden und Expert\*innen aus Kita und Schulen ansprechen. Wir werden diese Arbeit fortsetzen und mit anderen Angeboten im Kiez vernetzen.

Am Widerstand der CDU scheiterte fast zwei Jahrzehnte lang die Erarbeitung eines Schulentwicklungsplans für Spandau. Ohne eine solche Bestandsaufnahme kann jedoch nicht vernünftig für die Zukunft geplant werden. In einer wachsenden Stadt steigt aber auch die Zahl der Kinder und damit der Bedarf an Schulen und Lehrkräften.

2016 hat die Spandauer Schulverwaltung auf Druck der rot-grünen Mehrheit in der BVV endlich einen Vorschlag für eine Planung vorgelegt. Wir werden diese Grundlage inhaltlich qualifizieren und für die bedarfsgerechte Umsetzung in kommenden Jahren sorgen. Denn wir wollen rechtzeitig auf Veränderungen reagieren können und unter anderem sicherstellen, dass die Teilhabe aller Schüler\*innen endlich umgesetzt wird – sei es über ihre Schülervertretung, den Spandauer Bezirksschülerausschuss oder den Bezirksschulbeirat. Ferner werden wir die bestehenden Schuleinzugsbereiche überprüfen und gegebenenfalls anpassen.

Die Spandauer SPD steht auch weiter zum Projekt der Gemeinschaftsschule und unterstützt alle Initiativen Spandauer Schulen, sich zu Gemeinschaftsschulen zu entwickeln.

In der B.-Traven-Schule wurden die Voraussetzungen zum Aufbau einer Grundstufe geschaffen. Somit wird auch in Spandau der durchgehende gemeinsame Schulbesuch von der 1. bis zur 10. Klasse möglich.

Wir werden weiter an der Ausweitung von Ganztagsangeboten arbeiten. Dabei unterstützen wir die Einbeziehung von freien Trägern der Jugendhilfe und der Sportvereine in die Ganztagsarbeit. Inzwischen verfügt Spandau mit der Siemens- und der Hans-Carossa-Oberschule über zwei Ganztags-Gymnasien.

Bei guten Leistungen wollen wir allen Schüler\*innen den Besuch einer gymnasialen Oberstufe ermöglichen. Neben den bereits bestehenden Schulen, an denen die Schüler\*innen das Abitur machen können, wollen wir die Schule am Staakener Kleeblatt bei der Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe unterstützen.

Auch die Zusammenarbeit von Schulen werden wir weiter fördern. So wollen die B.-Traven-Gemeinschaftsschule, die Borchert-Oberschule und die Schule an der Haveldüne eine kooperative gymnasiale Oberstufe anbieten. Dabei bleiben die Schüler\*innen offiziell an ihrer Herkunftsschule und erhalten von dort auch das Abiturzeugnis.

Die Schule an der Jungfernheide wird in ihrer Kooperation mit der Carlo-Schmid-Oberschule und mit dem Carl-Friedrich-v.-Siemens-Gymnasium unterstützt, so dass auch diese Schüler\*innen die Hochschulreife erwerben können. Damit können alle Spandauer Oberschulen das Abiturzeugnis ausstellen.

Die Spandauer SPD wird auch in Zukunft die beiden bezirklichen Schulumweltzentren (ehem. Gartenarbeitsschulen) fördern und gleichzeitig den Ausbau der Schulgärten unterstützen. Wir wollen, dass alle Großstadtkinder Natur und Umwelt kennenlernen können.

Das Angebot der bezirklichen Verkehrsschulen hat die rot-grüne Mehrheit in der BVV sichergestellt. Sie bilden einen wesentlichen Bestandteil der schulischen Verkehrserziehung.

Wir begrüßen die Einrichtung von Willkommens-Klassen an den Spandauer Schulen, denn wir wissen: Je früher auch Flüchtlingskinder am Schulalltag teilnehmen können, desto größer wird ihre Chance, sich zu integrieren und einen guten Start ins Leben zu bekommen.

Die Spandauer SPD wird dafür sorgen, die Zahl der Willkommensklassen an den Bedarf anzupassen. Damit bauliche Engpässe und eventuelle Bedenken bei der Einrichtung der Willkommensklassen früh erkannt werden können, werden wir uns eng mit allen Spandauer Schulen und relevanten Akteuren abstimmen.

Die Jugendtheaterwerkstatt, die Jugendgeschichtswerkstatt und die Jugendkunstschule sind Erfolgsgeschichten in Spandau. Sie sind mit fast allen Spandauer Schulen vernetzt. Ihre Arbeit ist unverzichtbarer Bestandteil des schulischen Angebots im Bezirk. Dies wollen wir weiter fördern. Die Musikschule ist für uns eine wichtige Bildungs- und Kultureinrichtung. Schwerpunkte sind die instrumentale und vokale Musikschularbeit.

Junge Menschen brauchen Möglichkeiten, ihre Freizeit gemeinsam zu gestalten und zu erleben. Jugendfreizeiteinrichtungen in den Ortsteilen bieten einen Raum für Begegnungen, Geselligkeit und Weiterbildung. Wir werden die Angebote der bezirklichen Jugendarbeit erhalten und wo dies möglich und sinnvoll ist, auch ausbauen.

Wir setzen uns für die Ansiedlung von universitären Einrichtungen in Spandau ein und freuen uns über Pläne, eine Privatuniversität mit natur- und umweltwissenschaftlichem Schwerpunkt im Bezirk zu gründen

Zu Hochschulen gehören Studentenwohnungen: Ein Wohnheim ist bereits geplant, wir schlagen den Bau eines zweiten Wohnheimes vor.

## **An der Seite des Sports**

Sport verbindet die Menschen aus allen Nationen und gesellschaftlichen Gruppen, erleichtert die Integration und stärkt den Zusammenhalt im Bezirk. Wir würdigen die Leistung der zahlreichen Spandauer Sportvereine, die im Wesentlichen von ehrenamtlicher Arbeit in Training und Unterstützung getragen werden. Die Vereine tragen mit ihrer Arbeit maßgeblich zu einem belastbaren und unverzichtbaren „sozialen Kitt“ in der Spandauer Gesellschaft bei.

Wir stehen auch künftig an der Seite des Spandauer Sports, denn wir wissen, dass Breitensport nur erfolgreich betrieben werden kann, wenn die Sportler\*innen die öf-

fentlichen Sportanlagen nutzen können. Wir setzen uns dafür ein, dass dies auch künftig unentgeltlich möglich ist.

Die SPD Spandau setzt sich für den Erhalt, Sanierung und Neubau von sportlichen Freizeitanlagen im gesamten Bezirk ein wie z.B. Basketballplätze, Bolzplätze oder andere Sportanlagen, welche der Öffentlichkeit immer zugänglich sind. Auch das Spielen außerhalb des Vereinsrahmens muss für alle zu jeder Zeit gewährleistet sein.

Aus den Mitteln des Sonderprogramms für die Wachsende Stadt hat der Bezirk zwei Sportgelände erworben, eines davon am Lenther Steig. Auf dem knapp 40.000 m<sup>2</sup> großen Grundstück befinden sich neben einer Freifläche eine Sporthalle und eine Kegelanlage mit acht Bahnen. Daneben ist der Bau einer neuen Schulsporthalle geplant, mit der auch das Angebot für die sportbegeisterten Bürger\*innen erweitert werden kann. Das Areal am Brunsbütteler Damm bietet vor allem Erweiterungsmöglichkeiten für den Vereinssport des Bezirks.

Soweit der finanzielle Spielraum dies zulässt, wird sich die Spandauer SPD auch künftig für den Ausbau oder die Sanierung von Sportstätten einsetzen. Dafür ist die Erarbeitung eines Sportanlagen-Entwicklungsplans dringend geboten.

Die Spandauer SPD steht zum Erhalt der Bruno-Gehrke-Halle in der Neustadt. Dort wo dies sinnvoll ist, werden wir den Vereinen auch künftig die Möglichkeit einräumen, die Sportanlagen in Eigenregie zu verwalten.

### **Mit Quartiersmanagement Eigenverantwortung stärken**

Die Spandauer SPD steht zum Quartiersmanagement im Falkenhagener Feld, in der Neustadt und der Heerstraße Nord. Dazu kommt das Sanierungsgebiet Wilhelmstadt. Mit Hilfe dieser Programme wollen wir rechtzeitig eingreifen und verhindern, dass ganze Kieze abstürzen und zu kaum beherrschbaren sozialen Brennpunkten werden. Wir werden die Sonderprogramme evaluieren und nötigenfalls anpassen oder umsteuern.

Die Programme eröffnen den Anwohner\*innen die Möglichkeit, Eigeninitiative zu ergreifen und ihr Wohnumfeld zu verbessern. Gemeinsam mit den Wohnungsbaugesellschaften, Schulen, freien Trägern, Stadtteil- und Nachbarschaftszentren übernehmen sie Verantwortung für den eigenen Stadtteil und können Plätze beleben, Spielplätze aufwerten oder Grünflächen vom Müll befreien und pflegen. Bei der Umsetzung dieser Sonderprogramme setzen wir auf das Engagement, die Ortskenntnis und das Wissen der Anwohner\*innen.

Auch in Stadtteilen ohne Quartiersmanagement und mit sozialen Problemen werden wir uns weiterhin engagiert um die Anliegen der Bewohner\*innen kümmern und deren Vorschläge im persönlichen Gespräch aufnehmen. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit den Spandauer\*innen das Leben und Wohnen in den Kiezen angenehmer zu gestalten und dem Anliegen nach Sauberkeit und Sicherheit in den Stadtquartieren Rechnung zu tragen.

Notwendig ist vielfach auch der barrierefreie Umbau der Hauseingänge oder Wohnungen. Die Berliner SPD wird auch künftig bei den Wohnungsbaugesellschaften für diese Nachbesserungen werben.

Besondere Probleme bereitete Spandau in der Vergangenheit die Kürzung von Mitteln der Programme „Soziale Stadt“ im Bundeshaushalt. Dank des Engagements unseres Bundestagsabgeordneten Swen Schulz hat die Bundesregierung diese Kürzungen zurückgenommen. So konnte zusätzliches Geld in die Spandauer Quartiersmanagement-Gebiete fließen.

### **Gesund und selbstbestimmt**

Die Spandauer SPD kämpft dafür, dass alle Spandauer\*innen ein gesundes und selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter führen können.

Dabei setzt die Gesundheitspolitik der Spandauer SPD auf Prävention: Wir wollen Krankheiten vorbeugen, eine wohnortnahe Versorgung sicherstellen und die Bevölkerung über wichtige Gesundheitsthemen aufklären. Das gilt vor allem für die Kleinsten: Kinder sollen gesund aufwachsen. Das Modellprojekt „Gesund aufwachsen in Spandau“ setzen wir um.

Unser Ziel ist es, alle Spandauer Netzwerke, die sich mit Gesundheit beschäftigen, unter einem Dach zusammenzuführen. Die SPD Spandau strebt die Mitgliedschaft des Bezirks im Gesunde-Städte-Netzwerk an. Es gilt, das bereits vorhandene Potential der Gesundheitswirtschaft in Spandau zu stärken und zu vernetzen. Daher sollen wieder regelmäßig Gesundheitskonferenzen im Bezirk stattfinden.

Eine unabhängige Beratung für alle in die Pflege eingebundenen Personen ist über die bezirklichen Dienste und die Pflegestützpunkte sicherzustellen und auszubauen.

Im Pflegefall gilt es, den Kranken ein würdevolles Leben zu ermöglichen, aber zugleich die Pflegepersonen zu entlasten. Wir wollen gute Arbeit für Pflegekräfte ermöglichen und die Pflegeinfrastruktur ausbauen. Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen Familie, Freundeskreis, Ehrenamtlichen und der professionellen Pflege zu verbessern.

Neben den drei bereits bestehenden Pflegestützpunkten wollen wir weitere einrichten, um eine sozialraumorientierte Pflegeberatung sicherzustellen. Auch ihre Arbeit wollen wir bekannter machen.

Wir wissen: Im Alter wollen die meisten Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben und ihre Selbstständigkeit erhalten. Dazu brauchen wir wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten und generationsübergreifende Treffpunkte.

Wir werden uns für den Erhalt der bestehenden und die Schaffung neuer Seniorenwohnhäuser, -clubs und -freizeitstätten einsetzen und wollen die Generationenbrücke wieder aufleben lassen, um Jung und Alt zusammen zu bringen. So können beide Seiten vom Wissen und der Erfahrung des jeweils anderen profitieren.

Wir stellen uns auf eine wachsende Zahl von hochbetagten Menschen mit Migrationshintergrund ein. Das erfordert eine kultursensible Ausrichtung von Pflege und Versorgung.

Mit Erfolg haben wir uns für die konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Spandau eingesetzt. Damit hat Spandau eine Vorreiterrolle inne. So sorgt das Programm „Spandau inklusiv administrativ“ für mehr Barrierefreiheit in der Bezirksverwaltung.

Bürgermeister Helmut Kleebank lädt zudem regelmäßig zu einer inklusiven Sprechstunde mit Gebärdendolmetscher ein und hat ein Konzept für ein barrierefreies Rathaus erstellt, das schrittweise umgesetzt wird. Der Blindenrundwanderweg wurde saniert.

### **Verbraucherschutz**

Bei der Lebensmittelsicherheit und Hygiene hat Spandau in den vergangenen Jahren einen großen Schritt nach vorne gemacht. Immer engmaschigere Kontrollsysteme und die Kooperation mit den Verbänden aus der Lebensmittelbranche und des Hotel- und Gaststättengewerbes haben bewiesen, dass auf bezirklicher Ebene viel getan werden kann. Wir werden auf diesem Weg weitergehen und weitere Lebensmittelkontrolleur\*innen in Spandau einsetzen.

### **Grünpflege**

Spandau ist ein grüner Bezirk. Naturschutz und Landschaftspflege dienen dem Erhalt und der Verbesserung der Lebensqualität in Spandau. Die Spandauer SPD setzt sich auch künftig für die Rekommunalisierung der grünen Dienstleistungen und für die Bildung von nachhaltigen kommunalen Strukturen mit tariflich geschützten, qualifizierten öffentlichen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen ein.

Wir wollen eine „Offensive Grün“ ergreifen, in der unser Spandauer Grünflächenamt mit der BSR die Pflege und Sauberkeit der Grünflächen verbessert. Dabei ist der eingeschlagene Weg durch eine Ausfinanzierung des Grünflächenamtes sicherzustellen.

Der Erhalt des Spandauer Forstes, der Rieselfelder und der städtischen Parks, Grünanlagen und Gewässer haben für uns eine hohe Bedeutung. Naturdenkmale, Landschafts- und Naturschutzgebiete haben dabei besondere Priorität.

Daneben wird die Havelstadt mit ihren landwirtschaftlichen Betrieben der Musterbezirk in Berlin für urbane Agrarwirtschaft bleiben. Wir unterstützen ausdrücklich die Initiative Spandauer Landwirte hinsichtlich des Verbotes und der Nichtverwendung genmanipulierten Saatgutes und landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

### **Tierschutz weiter verbessern**

Mit innovativen Beweidungs-, Zucht- und Haltungskonzepten sowie einer lückenlosen Kontrolle der lebensmittelproduzierenden und - abgebenden Unternehmen hat Spandau gezeigt, wie Tierschutz und Tiergesundheit praktisch umgesetzt werden können. Die reinen Gewinninteressen Einzelner werden wir auch in Zukunft in Einklang mit den rechtlichen Vorgaben bringen.

Aber auch die private Tierhaltung behalten wir im Auge. Wir werden den illegalen Welpenhandel kontinuierlich bekämpfen. Wir werden unsere Bemühungen, den Online-Handel von Lebewesen zu unterbinden, verstärken. Qualzucht und unangemessene Tierhaltung werden wir weiterhin konsequent bekämpfen.

Einmalig in Berlin ist die bezirkseigene Tiersammelstelle, die wir weiterhin finanziell absichern werden. Die Einrichtung weiterer „Tafeln“ für Tiere unterstützen wir. Das Wohl der Tiere darf nicht vom Geldbeutel der Halter\*innen abhängen.

Darüber hinaus werden wir die konfliktfreie Koexistenz zwischen Mensch und Tier fördern. Wir werden konkrete Strategien entwickeln, um das Zusammenleben und den Umgang mit Wildtieren im Stadtleben zu verbessern. Dies gilt besonders für Stadttauben, Wildschweine, Füchse sowie exotische und zugewanderte Vogelarten. Zum Schutz der im Bestand gefährdeten Biber an der Rhenaniastraße werden wir Maßnahmen ergreifen, um die Einhaltung des nächtlichen Durchfahrtsverbots sicherzustellen bzw. zu überwachen.

### **Keine Chance für Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus**

Wir Spandauer Sozialdemokrat\*innen sind davon überzeugt, dass sich unser Bezirk nur gut entwickeln kann, wenn wir zusammenstehen, wenn wir tolerant sind, andere Lebensentwürfe respektieren und für ein friedliches Miteinander einstehen.

Für Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit gleich welcher Art ist in Spandau kein Platz. In über 150jähriger sozialdemokratischer Tradition bekämpfen wir rechts-extreme und neonazistische Einstellungen in unserer Gesellschaft. Wir unterstützen den von unserem Altbürgermeister Werner Salomon gegründeten „Runden Tisch Spandau für Demokratie und Toleranz und gegen Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt“. Die SPD Spandau hat ein Demokratieverständnis welches keine Ausgrenzung oder Ablehnung von Gesellschaftsgruppen duldet. Deswegen wird es nach der kommenden BVV-Wahl keine Gespräche zur Bildung einer Zählgemeinschaft mit Vertreter\*innen geben, die diesem Menschenbild zuwiderhandeln.

Nur wer mitmacht kann mitbestimmen. Deshalb ermutigt die Spandauer SPD alle Bürger\*innen, sich in unsere Entscheidungsprozesse einzumischen. Für ein soziales, friedliches, fortschrittliches, gesundes Spandau.

### **Deshalb: Am 18. September SPD wählen.**